

**JOHN J. MEARSHEIMER / STEPHEN M. WALT****The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy**

New York 2007

Farrar, Strauss and Giroux, 484 S.

**W**er einen schmalen Grat betritt, darf sich nicht wundern, wenn es links und rechts steil bergab geht und die Luft dünn wird. Diese Erfahrung jedenfalls dürften Stephen M. Walt und John J. Mearsheimer in den vergangenen Monaten mehrfach gemacht haben. Denn seitdem die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler mit ihren Thesen zur »Israel Lobby and US Foreign Policy« hervorgetreten sind, konnten sie sich über mangelnde Aufmerksamkeit wahrlich nicht beklagen. Von links kritisierten Skeptiker politikwissenschaftlichen Neorealismus in Reinform, von rechts erhoben jüdische Verbände den Vorwurf, die Autoren predigten unverhüllten Antisemitismus. Derweil beharkten sich auf Internetforen Anhänger und Gegner der Lobby-Thesen in polemischen Grabenkämpfen. Fest steht: Seit Samuel Huntingtons *Foreign Affairs*-Essay zum »Clash of Civilizations« dürfte kaum eine politikwissenschaftliche Veröffentlichung so sehr die Gemüter erhitzen haben wie das Oeuvre der beiden Akademiker. Was war geschehen?

Im März 2006 veröffentlichten Mearsheimer und Walt, renommierte Politikwissenschaftler der Universitäten Harvard und Chicago, in der *London Review of Books* einen umfangreichen Essay zur »Israel Lobby«. Der Text war zuvor von der namhaften *Atlantic Monthly* als zu brisant abgelehnt worden. Nach der Veröffentlichung in London wurde eine überarbeitete Fassung des umstrittenen Beitrags binnen kürzester Zeit rund eine Viertel Millionen Mal von der Webseite der *Kennedy School of Governance* in Harvard heruntergeladen. Einerseits, so scheint es, ist dies der Stoff, aus dem Bestseller sind. Andererseits, so wurde deutlich, haben die Thesen durchaus das Zeug, sich zu einem politikwissenschaftlichen Alptraum zu entwickeln: Denn wer wissentlich ein Nervenende berührt, muss mit nervösen Reaktionen rechnen.

Dabei ist die Argumentation der Autoren in ihrer nun nachgereichten Monographie im Grunde wenig kompliziert: In einem ersten Schritt beschreiben sie Ausmaß und Umfang US-amerikanischer Unterstützungsleistungen für den Staat Israel. Bekanntlich setzen sich diese nicht nur aus erheblichen Finanz- und Mili-

tärhilfen zusammen, sondern auch aus tatkräftiger politischer Rückendeckung – sei es im UN-Sicherheitsrat durch großzügiges Verwenden eines Pro-Israel-Vetos oder in zahlreichen bilateralen Abkommen. Im Anschluss daran versuchen die Autoren, gemäß der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen, überzeugende Erklärungsmuster für dieses Verhalten auszumachen – und werden nicht fündig. Zunächst werden herkömmliche Erklärungsansätze für pro-israelische US-Außenpolitik skizziert. Dabei werden oft angeführte moralische Überlegungen, die eine Unterstützung Israels erforderlich machen, als historisch überkommen zurückgewiesen. Und auch demokratietheoretische Argumentationen werden von den Autoren als inhaltlich nicht zu rechtfertigen abgewiesen. Die Rationale: Israel habe heute jedes moralische Alleinstellungsmerkmal eingebüßt und könne in Anbetracht der aktuellen Lebensumstände der palästinensischen Bevölkerung mitnichten als »einzige Demokratie im Nahen Osten« dargestellt werden – oder, wie es US-Präsidentenskandidatin Hillary Clinton formulierte, als »beacon of what is right«. Diese provokative Argumentation gipfelt in der These, dass von einer wie auch immer gearteten Interessensgleichheit zwischen Washington und Jerusalem keine Rede mehr sein könne. Die enge Allianz mit Israel habe sich seit Ende des Kalten Krieges vielmehr zu einer schweren Belastung für US-amerikanische Interessen entwickelt – und müsse heute hinterfragt und umstrukturiert werden. Dies übrigens nicht nur im Hinblick auf US-Interessen, sondern auch eingedenk des langfristigen Eigeninteresses Israels. Leitspruch: Jerusalem muss vor sich selbst geschützt werden.

In einer fast schon scholastischen Argumentationskette leiten die Autoren sodann die Frage ab, aus welchem Grund Israel seit Jahrzehnten in den Genuss stetig wachsender und zunehmend von allen Konditionen befreiter US-Unterstützung gekommen ist.

Die Ursache hierfür machen die Autoren in der effizienten Arbeit einer professionell agierenden, jedoch keinesfalls übermächtigen »Israel Lobby« aus, die regelmäßig und auf verschiedenen Ebenen maßgeblichen Einfluss auf die US-Politik nehme. Die Lobby wird dabei definiert als ein loses Konglomerat christlich-zionistischer, jüdischer und idealistisch-neokonservativer Organisationen und Einzelpersonen, die sowohl über Wahlkampfspenden direkten Einfluss auf Entscheidungen nehmen als auch über öffentlichkeitswirksame Kampagnen nahezu jede Kritik an israelischem Regierungshandeln mit dem Vorwurf des Antisemitismus ausbremsen.

So weit – so brisant. Liefern Mearsheimer & Walt ergo eine Neuauflage der berüchtigten »Protokolle der Weisen von Zion« – jenem antisemitischen Machwerk des zaristischen Russlands, an dem Generationen von anti-jüdischen Verschwörungstheoretikern das kleine Einmaleins des Rassismus studierten? Zumindest in den USA wurde das Werk in exakt diesem Kontext wahrgenommen. »Yes, it is Anti-Semitic« titelte etwa die *Washington Post*, während die *Anti Defamation League* den Autoren ein Wühlen im »anti-jüdischen Bodensatz« vorwarf.

In Deutschland wurde das Werk dagegen positiver aufgenommen. Und wirklich: Jede nüchterne Bestandsaufnahme wird zu dem Schluss kommen, dass der Vorwurf des Antisemitismus nicht verfängt; Mearsheimer und Walt sind keine Antisemiten. Zudem lassen sie keine Gelegenheit aus, sich von antijüdischen, antisemitischen aber auch anti-zionistischen Positionen deutlich und offensiv abzugrenzen. So differenzieren sie zwischen organisierter Pro-Israel-Lobby und jüdischen US-Bürgern und beugen damit jeder Pauschalisierung vor. Zudem verteidigen sie das Kernanliegen der Lobby wiederholt als grundsätzlich legitim. So wird die Arbeit der Israel-Lobby etwa im Hinblick auf die Tätigkeit anderer Interessensgruppen als durchaus systemadäquat beschrieben: Angesichts der US-amerikanischen Verfassungswirklichkeit seit der Staatsgründung sei das Wirken der Israel-Lobby schlicht »so amerikanisch wie apple pie«.

Erkennbar ist in diesem Zusammenhang auch der Versuch, Kritik a priori zu entkräften. Dies geschieht nicht zuletzt durch einen handfesten wissenschaftlichen Apparat von immerhin 120 Seiten Endnoten. Dieser soll offensichtlich einige Vereinfachungen und Missverständnisse des ursprünglichen Zeitschriftenaufsatzes aufklären und die Debatte rationalisieren – ein Versuch, der bislang jedoch weitgehend gescheitert ist. Der aktuelle Diskurs in den Vereinigten Staaten dreht sich vielmehr weiterhin um den Vorwurf des Antisemitismus sowie um – bisweilen etwas kleinlich erscheinende – Auseinandersetzungen um die wissenschaftliche Herangehensweise der Verfasser. Nun gut: Das Werk kann durchaus methodisch hinterfragt werden. Denn trotz einer akribischen Materialsichtung sowie trotz des umfangreichen Endnotenapparats bleibt der Text bisweilen stark im Anekdotischen. Dies tut der Ad-hoc-Überzeugungskraft zwar keinen Abbruch, verwandelt aber die stringente Argumentation bisweilen in eine etwas zu phänotypische Oberflächenanalyse. Begrenzt wird das Werk ebenfalls durch die theoretische Verortung der Autoren, die in ihren rationalistischen Interessens- und Ursache-Wirkungs-Kalkulationen bisweilen irrationale Momente internationaler Politik sowie Wahrnehmungs- und Diskursanalysen vernachlässigen.

Doch angesichts der politischen Sprengkraft der Argumentation wirkt diese Kritik wie Glasperlenspiel. Sicher: Mangelnde wissenschaftliche Lauterkeit im Detail wäre kein Kavaliersdelikt. Wenn Fußnotendebatten jedoch das Kernanliegen des Beitrags – nämlich die grundsätzliche Infragestellung des vergangenen Jahrzehnts US-amerikanischer Außenpolitik durch zwei renommierte Experten – an den Rand drängen, ist dies zu bedauern. Die Thesen haben eine kontroverse Diskussion nicht nur verdient, sondern erzwingen sie geradezu. Die Tatsache, dass eine solche Auseinandersetzung zumindest in den USA bislang weitgehend unterbleibt, ist dabei zumindest für die Verfasser ein Anzeichen dafür, dass ihren Argumentationen substanziiell kaum etwas entgegenzusetzen ist.

Was also ist inhaltlich von den Kernthesen zu halten? Dass die organisierten jüdischen Communities in den USA die Außenpolitik der Vereinigten Staaten maßgeblich (mit)prägen, wird kein politischer Beobachter ernsthaft bezweifeln – auch

wenn Mearsheimer & Walt den Einfluss dieser Lobby – etwa in Bezug auf den Irakkrieg – etwas überschätzen dürften. Dass diese aktuelle Politik dabei von einer starken Ungleichbehandlung (jüdisch) israelischer und palästinensischer Akteure geprägt wird, ist ebenfalls schwerlich zu leugnen. Dass maßgebliche israelische Entscheidungsträger es zudem verstanden haben, nahezu jede israelische Regierungspolitik unter dem sakrosankten US »War on Terror« zu subsummieren, ist ebenfalls kaum umstritten. Und eben dies ist ein Kernpunkt der Argumentation: Die von den Autoren beschriebene Konstruktion einer umfassenden Interessensgleichheit zwischen israelischem und US-amerikanischem »Kampf gegen den internationalen Terrorismus« erweist sich als extrem effektiv und wirkungsmächtig. In einer geschickten Verknüpfung erscheint in der Post-WTC-Welt derzeit noch der umstrittenste Ausbau israelischer Siedlervorposten im Westjordanland als legitime Reaktion auf die Anschläge des 11. September, die nur von unpatriotischen Defätisten als unangebracht wahrgenommen werden können. Moderate Politik wird so dauerhaft diskreditiert.

Dies ist politisch zu kritisieren, aber grundsätzlich natürlich kein rein israelisches Phänomen. So untersuche das renommierte *Third World Quarterly* unlängst die Auswirkungen des »War on Terror« auf Gesetzgebungsstrategien in verschiedenen Staaten des »Südens«. Festgestellt wurde weltweit eine bedrohliche Ausweitung staatlicher Kompetenzen gegenüber liberalen Bürgerrechten sowie zahlreiche rechtlich umstrittene außenpolitische Maßnahmen – jeweils schein-legitimiert durch den Anti-Terrorkampf der Regierung Bush. Dass ähnliche Bestrebungen im Kontext des Nahostkonflikts auftauchen, sollte daher nicht überraschen. Die Empfehlung der Autoren, die aktuelle US-Politik für eine ausgeglichene Herangehensweise aufzugeben, in der eine Zweistaatenlösung nicht nur als Fernziel, sondern als Gegenstand konkreter politischer Schritte behandelt wird, ist selbstverständlich überzeugend. Zudem ist sie in Anbetracht des Scheiterns der aktuellen Nahostpolitik Washingtons vom Libanon bis nach Bagdad und Teheran wohl auch wahrscheinlicher, als von den Autoren angenommen. Im Prozess der Umsetzung müsste sich eine neu gewählte US-Regierung dabei allerdings gegen die in dem Werk geschilderten organisierten Interessen durchsetzen. Dies wäre – sofern die Analyse von Mearsheimer & Walt zutrifft – mit erheblichen politischen Kosten verbunden.

In Anbetracht der stetig wachsenden politischen, finanziellen und nicht zuletzt menschlichen Kosten der aktuellen US-Politik im »Greater Middle East« könnte ein solcher Kurswechsel jedoch langfristig attraktiver erscheinen als ein kostspieliges »Weiter so«. Denn den zu Beginn beschriebenen *schmalen Grat* über den Abgrund hat politisch nicht nur das Autorenduo Mearsheimer & Walt betreten, sondern seit Jahren auch die Regierungsriege um George Walker Bush. Und die Luft auf diesem Grat wird täglich dünner.

*Michael Bröning,  
Friedrich Ebert-Stiftung, Amman*